

## JAHRESBERICHT 2003

Wie in den vergangenen Jahren, soll auch dieser Bericht unseren Mitgliedern und Freunden, den an der Arbeit der Verbindungsstelle interessierten Institutionen und Verbänden, aber auch einer möglichst breiten Öffentlichkeit, einen zusammenfassenden Überblick über Veranstaltungen und andere Aktivitäten der Verbindungsstelle im Jahr 2002 geben. Außerdem soll er einen kurzen Rückblick auf das wirtschaftliche Geschehen in Industrie, gewerblicher Wirtschaft und Dienstleistungsunternehmen einerseits und der Landwirtschaft andererseits darstellen und zudem aufzeigen, welche Erwartungen die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu Beginn des Jahres 2004 hegen. Sowohl beim Rückblick als auch bei der Schilderung der Erwartungen treten die zum Teil unterschiedlichen Auffassungen der einzelnen Wirtschaftszweige und ihren Verbänden, der Wissenschaft und Politik zutage. Als Quellen für diesen Teil des Berichtes dienten u. a. wiederum entsprechende Veröffentlichungen insbesondere des DIHK, des Deutschen Bauernverbandes, der Bundesregierung und der Wissenschaft.

**Die Erwartungen der Deutschen Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2003 hatten wir im letzten Jahresbericht etwa so beschrieben:**

**Schon der Sachverständigenrat der so genannten "Fünf Weisen" rechnete in seinem Herbstgutachten im November 2002 mit einem Wirtschaftswachstum 2003 von nur einem Prozent und die Arbeitslosenzahl werde auf 4,17 Millionen steigen.**

**Auch die im Februar 2003 veröffentlichten Ergebnisse der Konjunkturmfrage des DIHK zu "Wirtschaftslage und Erwartungen" zum Jahresbeginn lassen kaum Hoffnung auf Besserung der wirtschaftlichen Lage aufkommen.**

**Danach verharren die Lageeinschätzungen der Unternehmen auf dem Rekordtief im Herbst 2002.**

**Der Graben zwischen Export- und Binnenwirtschaft dürfte sich sogar eher vertiefen: Einerseits klammern sich die Betriebe an Ausfuhrhoffnungen, andererseits zeigen sie sich von der Inlandsnachfrage völlig desillusioniert. Per saldo sind die Geschäftserwartungen zuletzt jedoch deutlich eingebrochen. Die Wirtschaft hat selten so pessimistisch ins neue Jahre geblickt wie diesmal. In fast allen Branchen herrscht Katerstimmung und die Wirtschaft hat das Jahr 2003 fast abgeschrieben. Vor allem der drohende Krieg mit dem Irak trübt die Stimmung ein.**

**Bei der traditionellen Verbands Umfrage 2003 des Institutes der deutschen Wirtschaft (IW) waren 39 der 44 befragten Wirtschaftsverbände schlechter gestimmt als vor Jahresfrist.**

**Erst für die zweite Hälfte des kommenden Jahres hofft die Mehrheit der Wirtschaftsverbände auf einen leichten Aufwärtstrend; im Übrigen werde das Jahr 2003 nicht besser als das vergangene. Etwas zuversichtlicher äußerte sich der "Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)", in dem mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen mit besseren Geschäften rechnet als im vergangenen Jahr.**

**Was also tun, wenn das Jahr nichts Gutes erwarten lässt?**

**Vielleicht hat der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Jürgen von Hagen Recht, wenn er sagt: "Trotz des Handicaps der Berliner Regierungspolitik ist das Eigenengagement der Unternehmen mehr denn je gefragt. Die Kunst des Unternehmers bestehe schließlich darin, aus den Rahmenbedingungen das Beste zu machen, auch dann, wenn diese alles andere als rosig sind".**

Diese pessimistische Grundstimmung der deutschen Wirtschaft zum Jahresbeginn 2003, die laut "Allensbach" insgesamt nur dreimal in der Geschichte der Bundesrepublik, und zwar 1950 zu Zeiten des Koreakrieges, 1973 während der Ölkrise und zu Beginn der 80er Jahre, so ausgeprägt wie in diesem Jahr zu spüren war, besserte sich im Laufe des Jahres nur sehr zögerlich. Hinzu kam die Unzufriedenheit der Wirtschaft mit den politisch Verantwortlichen, die nicht in der Lage waren, die auch vom Sachverständigenrat bereits im Herbst 2002 geforderten "grundlegenden Strukturreformen" tatkräftig anzupacken und auch durchzusetzen.

Es herrschte Katerstimmung in der deutschen Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2003. So nahm es nicht Wunder, dass die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute ihre Wachstumsprognosen für 2003 nach unten korrigierten – auf nur noch ein Prozent. Zudem wurde mit einem weiteren rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit auf bis zu 4,5 Millionen gerechnet.

Erst für die zweite Hälfte des kommenden Jahres hoffte die Mehrheit der Wirtschaftsverbände auf einen leichten Aufwärtstrend; im Übrigen werde das Jahr 2003 nicht besser als das vergangene. Etwas zuversichtlicher äußerte sich der „Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)“, in dem mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen mit besseren Geschäften rechnete als im vergangenen Jahr.

Auch die **DIHK-Konjunkturumfrage im Februar 2003** kam zu dem Ergebnis, die Konjunkturlaute dauere an und die Lageeinschätzung der Unternehmen verharren auf dem Rekordtief aus dem Herbst 2002. Der seit zwei Jahren andauernde Abwärtstrend der Lageeinschätzung wurde zwar gestoppt, aber von besseren Erwartungen kann keine Rede sein. Allein die Exporterwartungen haben sich etwas verbessert.

Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft haben sich nach Einschätzung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verschlechtert. In ihrem **Frühjahrgutachten** schraubten das Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ihre Erwartungen deutlich zurück. Das IfW rechnet in diesem Jahr nur noch mit 0,4 Prozent, das IWH immerhin mit 0,8 Prozent Wachstum nach 0,2 Prozent im vergangenen Jahr. Zur Begründung verwiesen die Forscher auf die schlechte Weltwirtschaft, die Irak-Krise und die Steuerpolitik. Die OECD sieht Deutschland im ersten Quartal 2003 am Rande einer Rezession. Zahlen nannte die Organisation jedoch noch nicht.

Damit schätzten mittlerweile alle sechs führenden Institute die Aussichten für das Bruttoinlandsprodukt schlechter ein als die Bundesregierung. Das Münchener Institut für Wirtschaftsforschung hatte erst vor zwei Wochen seine Prognose auf 0,9 Prozent zurück genommen. Die Regierung erwartete dagegen weiter ein Wachstum von einem Prozent.

**Ein Frühjahrs-Konjunkturgutachten** der EU-Kommission kam zu dem Schluss, Deutschland stehe als einziges Mitgliedsland der Union am Rande einer Rezession.

Anlässlich der Hannover-Messe im April sagte der Präsident des BDI, die deutsche Industrie habe das Jahr 2003 bereits abgehakt und es sei „mehr oder weniger gelaufen“. „Wenn wir auf ein halbes Prozent Wachstum kämen, wäre das schon viel“.

Eine im Juni vom DIHK veröffentlichte Frühsommer-Konjunkturumfrage, basierend auf Antworten von mehr als 21.000 Unternehmen, zeichnete ebenfalls kein erfreuliches Stimmungsbild. „Die deutsche Wirtschaft stockt hartnäckig und eine Konjunkturbelebung ist nicht in Sicht“.

Die Unsicherheit bei Unternehmen und Konsumenten sitze tief und die enttäuschende Weltkonjunktur nach dem Ende des Irak-Krieges sowie der Euro-Anstieg entziehen der Exportzuversicht den Boden; zudem sei eine Trendwende am Arbeitsmarkt nicht zu erwarten.

Im **Juni** sagte als erstes großes Institut, das „Deutsche Institut für Weltwirtschaftsforschung (DIW)“ in Berlin ein leichtes Schrumpfen des Bruttoinlandsproduktes auf ein Minus von 0,1 Prozent voraus. Der **RWI** senkte im Juni seine Prognose für 2003 auf ein Wachstumsminus von 0,2 Prozent; erst für den Herbst mehrten sich vorsichtige Zeichen der Hoffnung auf einen möglichen wirtschaftlichen Aufschwung.

**Die Kernaussage der Mitte Oktober veröffentlichten DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2003 auf der Basis der Antworten von mehr als 25.000 Unternehmen lautete:**

In Deutschland fasst die Konjunktur wieder Fuß: Im Herbst 2003 geht die hartnäckige Stagnation der deutschen Wirtschaft allmählich zu Ende. Zwar sind viele Unternehmen in ihrer Lagebeurteilung noch skeptisch; jedoch ist erstmalig seit dem Aufschwungsjahr 2000 eine Stimmungsverbesserung feststellbar. Die konjunkturelle Situation ist gekennzeichnet durch eine nur verhaltene Ausfuhrentwicklung und eine Konsolidierung der Inlandsnachfrage.

Die Konjunktur zieht im Jahr 2004 ruckelnd wieder an. Positive Anzeichen sind spürbar aufgehellte Geschäftserwartungen der Unternehmen. Wechselkurs-Kapriolen könnten den Belebungsprozess aber immer wieder durchschütteln und den Beginn eines Aufschwungs verzögern. Gemessen an früheren Aufwärtsphasen wird das Wirtschaftswachstum im Jahr 2004 nur mäßig bleiben und schon bald an Grenzen stoßen. Die jahrelange Investitionsschwäche und die Strukturprobleme am Arbeitsmarkt haben die Basis für ein höheres Potentialwachstum in Deutschland ausgehöhlt.

Nach drei Jahren der Stagnation sahen die sechs führenden **Wirtschaftsforschungsinstitute** in ihrem **Herbstgutachten** erste Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage. Sie sagten für das Jahr 2004 ein leichtes Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent voraus, was allerdings nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit reicht. Sie wagten allerdings keine Vorhersage, ob das leichte Wachstum im nächsten Jahr „der Vorbote eines längeren Aufschwungs ist oder ob 2005 erneut eine Konjunkturschwäche droht“.

Der Finanzpolitik werfen die Wirtschaftsexperten vor, Ziele zu verfolgen, „die miteinander nicht vereinbar sind.“ Die Einen empfehlen einen strikten Sparkurs, die Anderen raten, die geplante Steuerensenkung aus konjunkturellen Gründen nicht voll durch Einsparungen zu finanzieren. Der Politik wird vorgeworfen, die Bürger durch fast täglich wechselnde Vorschläge zu mehr Steuerbelastungen und Leistungskürzungen zu verunsichern.

**Der Beginn des neuen Jahres ist in der Wirtschaft von der Hoffnung auf eine bessere Entwicklung als im zu Ende gegangenen Jahr geprägt; gleichwohl sind die Erwartungen für das Jahr 2004 nicht allzu hoch gesteckt und schon gar nicht euphorisch.**

Das Ergebnis der traditionellen Umfrage von WELT am SONNTAG in den sieben für das gesamtwirtschaftliche Wachstum wichtigsten Branchen ist Folgendes: Der Aufschwung kommt und viele Branchen rechnen mit einer besseren Entwicklung. Zwar werde 2004 Deutschland nicht von übersprudelnder Dynamik und rasantem Wachstum geprägt sein, aber die Signale deuten an, „Alles wird besser“ – wenn auch nicht in allen Branchen.

Weniger optimistisch ist die Einschätzung der Forscher des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW). Die Konjunkturerholung fällt nach ihrer Einschätzung geringer aus als erhofft. Sie prognostizieren für die Jahre 2004 und 2005 ein Wirtschaftswachstum von jeweils 1,4 Prozent, während die Bundesregierung ein Wachstum von 1,5 bis 2 Prozent erwartet. Deutschland werde weiterhin hinter der europäischen Wachstumsrate, den USA und den asiatischen Spitzenländern zurück bleiben.

Auch die im Februar veröffentlichten Ergebnisse der **Konjunkturumfrage des DIHK 2004 zur „Wirtschaftslage und Erwartungen“** stimmen hoffnungsvoll optimistisch und stellen sich zusammengefasst so dar:

**Die konjunkturelle Erholung** kommt voran. Das Lageurteil verbessert sich wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Zwar zeigt sich die deutsche Konjunktur noch nicht solide, bewegt sich jedoch wieder auf festerem Grund. Das deutlich verbesserte Stimmungsbild wird nicht mehr ausschließlich von der positiven Lageeinschätzung der Exportbranchen geprägt. Mittlerweile erreichen die Impulse aus dem Ausland nach und nach auch Exportzulieferer in Industrie und Dienstleistungssparten. Hingegen steht der Einzelhandel noch immer im konjunkturellen Schatten.

**Die deutsche Konjunktur** reckt sich nach oben. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen zeigen zu Jahresbeginn 2004 erstmals nach drei Jahren wieder nennenswertes Wachstum der Wirtschaft an. Starke außenwirtschaftliche Impulse sind hierfür maßgeblich. Die Investitions- und Beschäftigungszurückhaltung der Unternehmen bleibt jedoch das retardierende Moment der deutschen Konjunktur.

**Der Export** wird im Jahr 2004 deutlich zulegen. Derzeit gewichten die Unternehmen den Sog der Auslandsnachfrage stärker als währungsbedingte Wettbewerbsnachteile durch den gestiegenen Euro. Die Ausfuhrmengen steigen zunächst weiter an, bei den Erträgen spüren die Unternehmen allerdings im Übersee-Geschäft mit Amerika und Asien schon wechselkursbedingte Rückschläge.

**Die Investitionsneigung** gibt ein zaghaftes Lebenszeichen von sich. Verglichen mit vergangenen Erholungsphasen der Konjunktur ist der zu erwartende Investitionszuwachs aber eher bescheiden. Die Investitionsnachfrage ist im laufenden Jahr kein Motor der Konjunktur, sondern Mitläufer.

Der Druck zum Beschäftigungsabbau lässt erst spät im Jahr 2004 nach. Personalaufbaupläne fristen in den Unternehmen weiterhin ein Schattendasein. Die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen für das laufende Jahr quälen sich allenfalls in Trippelschritten nach oben. Die Anspannung am Arbeitsmarkt wird auch im Jahr 2004 ein Kernproblem bleiben.

**Das hoffnungsfrohe Fazit eines bekannten deutschen Wirtschaftsführers zu Beginn des Jahres 2004 lautet:**

**Für die Köpfe gilt, was sich in den Büchern erst noch zeigen muss: Die Trendwende ist geschafft.**

**Zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft zum Jahresbeginn 2003 hatten wir in unserem letzten Jahresbericht festgestellt, dass sie – nach einem Gewinnrückgang von fast 13 Prozent bereits im Vorjahr – als andere als rosig aussah.**

**Vor dem Hintergrund der schon jetzt sicher zu erwartenden Einkommensrückgänge und fallender Erzeugerpreise ist im laufenden Wirtschaftsjahr 2002/2003 (1.7. – 30.6.) nicht mit einer durchgreifenden Markterholung zu rechnen. Viele Bauern wissen nicht mehr, ob eine leistungs- und wettbewerbsfähige Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland noch die notwendige politische Unterstützung hat.**

**Es wird insgesamt eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage auf den Betrieben erwartet. Aufgrund des Rückgangs der Erzeugerpreise für Milch und Schweine sowie der schlechteren Getreideernte und der gleichzeitig steigenden betrieblichen Aufwendungen muss bei den Gewinnen der Haupterwerbsbetriebe mit einem Minus von 15 – 20 Prozent gerechnet werden.**

**Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 2002/2003 (1. Juli bis 30. Juni) verlief dann auch den vorhersehbaren Befürchtungen entsprechend wiederum negativ.**

Nach Angaben des **Landvolk-Pressedienstes** und dem im Dezember 2003 veröffentlichten „**Situationsbericht 2004**“ des **Deutschen Bauernverbandes (DBV)** hat sich im Wirtschaftsjahr 2002/03 (1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003) die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe im Durchschnitt deutlich verschlechtert. In den ausgewerteten 18.300 landwirtschaftlichen Einzelunternehmen im Haupterwerb ging das Unternehmensergebnis von 30.400 Euro auf 22.900 Euro (-25 Prozent) zurück. Mit durchschnittlich nur noch 27.700 Euro blieben die Bruttoinvestitionen hinter dem Vorjahresstand zurück (-9 Prozent); ein deutliches Zeichen für eine fortdauernde wirtschaftliche Verunsicherung der Betriebsleiter.

Das Unternehmensergebnis je Familienarbeitskraft fiel im Durchschnitt der Betriebe im Wirtschaftsjahr 2002/03 auf 16.300 Euro (-24,5). Der von der Bundesregierung zum Vergleich herangezogene gewerbliche Vergleichslohn (26.600 Euro) wird um etwa 39 Prozent verfehlt.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein großer Teil der Unternehmensergebnisse für die Finanzierung von existenzsichernden Neuinvestitionen sowie für Preissteigerungen bei Ersatzbeschaffungen aufzuwenden ist. Auch unter dem Blickwinkel der Entlohnung der im Betrieb eingesetzten Faktoren Arbeit und Kapital sind die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 2002/03 unzureichend. Insbesondere Ackerbau- und Veredelungsbetriebe waren von drastischen Einbrüchen betroffen (- 34,6 bzw. 62,4 Prozent).

Eine ähnliche Entwicklung war bei Nebenerwerbsbetrieben, Ökobetrieben, Personengesellschaften und Agrargenossenschaften zu beobachten. Der Arbeitskräftebesatz sank leicht um 1,3 Prozent auf 2,74 AK je 100 ha, die durchschnittliche Betriebsgröße stieg um 1,4 Prozent auf 59,9 ha. Nahezu unverändert blieb der Pachtflächenanteil mit 61,3 Prozent.

Trotz des weiter ungebremsten Abwärtstrends bei den Investitionen ergaben sich wiederum Eigenkapitalverluste, die bei 20 Prozent der Betriebe mehr als 20.000,- Euro betrugten. Neben teilweise gravierenden Unterschieden bei den Betriebsergebnissen nach Betriebsformen gab es wie üblich auch Unterschiede nach den einzelnen Regionen.

Auch der im Februar 2004 veröffentlichte „**Ernährungs- und agrarpolitische Bericht 2004 der Bundesregierung**“ kommt bei der Betrachtung der Buchführungsergebnisse 2002/2003 (1.7. bis 30.6.) zu dem Ergebnis, dass deutliche Erlöseeinbußen bei Getreide, Milch und Schweinen zu einer erneuten Verschlechterung der Ertragslage in den Haupteinwerbsbetrieben geführt hat.

**Mit einem Blick auf das laufende Wirtschaftsjahr 2003/2004 kommt der Bericht zu der Einschätzung**, dass sich die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe weiter verschlechtern wird. Dafür werden in erster Linie die weiter rückläufigen Erzeugerpreise für Milch und Mastbullen verantwortlich gemacht. Deutlich höhere betriebliche Aufwendungen werden für Saatgut, Dünge- und Futtermittel erwartet. Deshalb wird für die Haupteinwerbsbetriebe insgesamt mit einem Einkommensrückgang von 3-8 Prozent gerechnet.

Wenn auch die Hauptursache der immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe in deutlich niedrigeren Erzeugerpreisen und steigenden Kosten liegt, so zählt auch das gesamte agrar- und wirtschaftlichpolitische Umfeld in erheblichem Maße.

Die besondere Schnäppchen-Mentalität vieler deutschen Verbraucher ist **nicht nur, aber auch** die Folge sinkender Realeinkommen und ungewisser Zukunftserwartungen; Ursache hierfür ist die jahrelange Verzögerung der Politik bei notwendigen Reformen in der Sozial – und Arbeitsmarktpolitik.

**So stellen sich viele Fragen, auf die das Jahr 2004 Antworten geben sollte:**

Werden wir den erwünschten wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland und Europa schaffen?  
Wird sich unsere Gesellschaft als reformfähig erweisen und damit Zuversicht und ein besseres Investitions- und Konsumklima bei sinkenden Arbeitslosenzahlen erreichen können?  
Wird die EU-Erweiterung unserer gesamten Wirtschaft mehr Chancen als Risiken bescheren?  
Werden es die politischen Parteien schaffen, die um sich greifende Politikverdrossenheit zu bremsen und wieder Vertrauen aufzubauen?

**Auch im Jahr 2003 bildeten mehrere Veranstaltungen die Schwerpunkte der satzungsgemäßen Arbeit der Verbindungsstelle.**

Bei der vor dem Jahreswechsel üblichen gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Beirat am 11. Dezember 2002 im Hause der NORD/LB in Hannover wurde u. a. das Arbeitsprogramm für das Jahr 2003 beraten. Die hierbei beschlossene Terminplanung wurde den Mitgliedern und ständigen Ansprechpartnern der Verbindungsstelle für ihre eigene Terminplanung Anfang Januar 2003 in dem seit Jahren üblichen Jahresbeginn-Rundschreiben mitgeteilt.

**Als erste Veranstaltung des Jahres fand am 2. April** ein Podiumsgespräch statt, das sich mit dem Thema befasste:

**- "Erneuerbare Energien" Energieerzeugung aus Biomasse – Perspektiven für Landwirtschaft, Industrie und Ländlichen Raum.**

Vor dem Hintergrund der unterschiedlich gewichteten Beweggründe für die zur Zeit in vielerlei Gremien geführte Diskussion über die Notwendigkeit der Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien diskutierten Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaftsverbänden und Bauernverband dieses Thema aus ihrer jeweiligen Sicht und beantworteten Fragen aus dem Zuhörerkreis.

Dem Podium gehörten an:

**Einführung: Helmut Lamp, Vors. d. Vorst., "Bundesverband Bioenergie"**, Grundsätze der Energiegewinnung aus Biomasse.

- **Prof. Dr. Nasir El Bassam**, FAL Braunschweig
- **Dr. Gerd Höher**, Nieders. Min. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- **Peter Schrum**, Präsident, "Bundesverband Biogene Kraftstoffe"
- **Harald Wedemeyer**, Landvolk Niedersachsen, Landesbauernverband

**Moderation: Günther-Martin Beine**, Chefredakteur "Das Landvolk"

Der Vorsitzende des Vorstandes der Verbindungsstelle, **Herr Ing. agr. Henning Ziegenmeier**, konnte im voll besetzten Plenarsaal fast 100 Gäste begrüßen und gab seiner Freude über die außerordentliche Resonanz der Veranstaltung und das offensichtlich große Interesse am Thema dieser Tagung Ausdruck. Er erhoffte sich durch die Diskussion unter Fachleuten möglicherweise den Abbau von bestehenden Vorurteilen und die Beantwortung von Fragen nach Chancen und Risiken für Landwirtschaft und Industrie.

Nach der Vorstellung der einzelnen Podiumsteilnehmer unter Hinweis auf ihre jeweilige Funktion durch den Moderator bat dieser **Herrn Helmut Lamp**, sein Einführungsreferat zu halten. Herr Lamp beschrieb zunächst die Grundsätze der Energiegewinnung aus Biomasse und ging auf die Fragen ein, welche Potenziale es gibt und welche Ziele die Politik in diesem Bereich verfolgt. Er erläuterte die Arbeitsweise und Zielrichtung des "Bundesverbandes Bioenergie" und bedauerte, dass es eine weit verbreitete Skepsis zur Anwendung erneuerbarer Energien gebe.

In seinem Kurzreferat und einer Reihe weiterer Diskussionsbeiträge beschrieb er u. a. die Hemmnisse, die eine Entwicklung dieser Energien bremsen. Unwissenheit bei so genannten Fachleuten, Voreingenommenheit und angeblich zu erwartende hohe Kosten sind die Bremser in Politik und Wirtschaft.

Andererseits werden seit 1990 von der Politik Ziele zur Klimaverbesserung durch Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes formuliert und von der EU eine entscheidende Steigerung der Verwendung erneuerbarer Energien angestrebt, allerdings mit geringem Erfolg. ...

Deutschland ist zwar führend in der Nutzung von Windenergie zur Stromerzeugung, in den viel wichtigeren anderen Bereichen, z. B. bei Wärme und Treibstoffen aber, ist Deutschland Entwicklungsland.

Herr Lamp ging auch auf den Stand der Technologien ein und wies darauf hin, dass es ein riesiges Potenzial an Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien gibt, das inzwischen auch teilweise, z. B. bei Kraftstoffen und Wärmeerzeugung, umgesetzt wird.

Abschließend beschrieb Herr Lamp die nach seiner Meinung möglichen Instrumente, die zur Markteinführung regenerativer Energien führen können. Dabei hält er eine Subventionierung aus Steuermitteln für falsch, obwohl die augenblickliche Förderung lediglich 1 Prozent der Kohleförderung beträgt.

Erfolg versprechende Instrumente sind u. a. eine Novellierung des Energie-Einspeisungs-Gesetzes mit vernünftigen Preisen oder ein Beimischungszwang bei Treibstoffen.

Nach der jetzt erfolgten EU-Erweiterung werden riesige Flächen vorhanden sein, die nicht zur Nahrungsmittelproduktion gebraucht werden. Wenn diese Flächen nicht genutzt würden, z. B. für den Anbau nachwachsender Rohstoffe, würden alte Kulturlandschaften in großem Maße versteppen.

In seinem Beitrag ging **Herr Peter Schrum** nach einer kurzen Beschreibung der Aktivitäten seines "Bundesverbandes Biogene Kraftstoffe", dem es vorrangig um eine Verbesserung der landwirtschaftlichen "Deckungsbeiträge" durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe geht, erklärend auf den Begriff "Biokraftstoff" ein. So ist z. B. Biodiesel seit Mitte der 90er Jahre in zunehmendem Maße an vielen Tankstellen zu haben und wird inzwischen auch bis zu 5 Prozent dem normalen Dieselmotorkraftstoff beigemischt. Der Verband versucht derzeit, kleinere Brennereien (Roggen und Weizen) zur Ethanolgewinnung zu größeren und leistungsfähigeren sogen. "Grünen Fabriken" zusammen zu führen.

Biogas kann erst dann konkurrenzfähig als Erdgasersatz eingesetzt werden, wenn das geplante Einspeisungsgesetz hierfür erlassen wird.

Die Produktion synthetischer Kraftstoffe muss dringend voran getrieben werden. Allein 6 Mio. Hektar Stroh in Deutschland können die Hauptbasis für biosynthetische Kraftstoffe bilden. Die Technik zur Umwandlung von Gas ohne Teer in flüssigen Treibstoff wurde schon vor 50 Jahren entwickelt, ist aber wegen fehlender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht weiter entwickelt worden. Hier tut sich die Möglichkeit auf, eine große Anzahl von Arbeitsplätzen in den ländlichen Räumen zu schaffen.

**Prof. Dr. El Bassam** stellte seinen Ausführungen die These voran, "Feld und Forst sind die Ölquellen des 21. Jahrhunderts" und begründete diese aus der Sicht des Wissenschaftlers. Die prinzipielle Endlichkeit von Rohöl als Primärenergie für die meisten Kraftstoffe steht außer Frage; lediglich der Zeitpunkt ist Gegenstand der aktuellen Diskussion.

Nach Vorstellung verschiedener Studien zum Thema beschäftigte er sich ausführlich mit der Darstellung des Konzeptes der Vergasung zur Produktion von Kraftstoffen und anderer Produkte aus Biomasse. Die Schlussfolgerungen aus seinen Ausführungen waren folgende:

Es gibt viele Möglichkeiten, das vorhandene Potenzial für die Landwirtschaft und damit für die ländlichen Räume zu erschließen.



Die Fortschritte in der Technologie auch im Fahrzeugbau werden dazu führen, dass immer weniger Biomasse für immer mehr Fahrleistung benötigt wird. Die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Landwirtschaft und Autoindustrie könnte dazu führen, dass 100 ha Acker die Ölquelle für 1000 Autos bildet. Die Technologie ist vorhanden, die Möglichkeiten bestehen, das Problem muss mental gelöst werden.

**Herr Dr. Höher** beantwortete die Frage des Moderators nach der Ansicht der neuen Landesregierung zum Thema "Erneuerbare Energien" natürlich vorsichtig mit dem Hinweis auf die erst sehr kurze Zeit, die diese neue Regierung im Amt ist; er ist aber überzeugt, dass das Thema Bioenergie auch weiterhin ein Konsensthema bleibt und dieser Bereich auch zukünftig in Niedersachsen vorangetrieben wird.

Er wies darauf hin, dass sich sein Referat im Ministerium bereits seit 20 Jahren mit dem Thema "Nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie" beschäftigt und er verdeutlichte an Beispielen die bedeutsamen Erfolge insbesondere bei der Biodieselproduktion durch diese niedersächsische Politik mit entsprechenden Fördermaßnahmen. Allein die heute schon erreichten zwei Prozent am Gesamtdieserverbrauch bewirken eine landesweite Wertschöpfung von 500.000 Euro an Steuern und eine Produktion auf 500.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. In Bezug auf Biogas ist Niedersachsen mit 30 % Anteil in Deutschland Spitzenreiter. Dabei geht der Trend in der Landwirtschaft zu gemeinschaftlichen größeren Biogasanlagen, die mit nachwachsenden Rohstoffen ohne Bioabfallverwertung arbeiten.

Dr. Höher ging u. a. ausführlich auf die durch zahlreiche Studien belegte Tatsache ein, dass auch zukünftig alle bisher verwendeten Energieträger, z. B. Kohle, Öl, Kernkraft u. a. weiterhin in steigendem Maße genutzt werden müssen, der weltweite Energieverbrauch sich aber auf wesentlich mehr Energieträger ausweiten wird. Dabei werden regenerative Energien dringend erforderlich sein, um den Weltenergiehunger zu befriedigen.

**Herr Harald Wedemeyer**, Rechtsreferent beim Landesbauernverband, beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit dem Tagungsthema aus der Sicht des Niedersächsischen Landvolkverbandes und stellte fest, dass die Diskussion über erneuerbare Energien ein sehr wichtiges Thema für die Landwirtschaft und damit für den Bauernverband ist. Er sieht in diesem Bereich ein wichtiges Marktpotenzial, insbesondere vor dem Hintergrund der zu erwartenden "Entkoppelung" der Zuschüsse durch die GATT-Reform im Jahr 2006. Wichtigste Voraussetzung für den Anbau von Energiepflanzen ist aber eine gewinnbringende Wertschöpfung.

Herr Wedemeyer ging auch auf die Bereiche Verbrennung bzw. Vergärung von Biomasse und Produktion von Bioethanol und deren Marktperspektiven ein, wobei diese nicht nur für die Landwirtschaft selbst interessant sind, sondern in den ländlichen Räumen auch für Anlagenhersteller, Betreiber und Dienstleistungsunternehmen wichtige Potenziale erschließen können. Sehr ausführlich stellte Herr Wedemeyer die Aufgaben des Landesbauernverbandes im Bereich der erneuerbaren Energien dar, die bereits intensiv wahrgenommen und ständig erweitert werden. Dazu gehört vor allem intensive Information, auch zur Imageverbesserung der Landwirtschaft als umweltfreundlicher Energieerzeuger.

Aufgabe des Verbandes ist ebenso die Mitgestaltung von Rahmenbedingungen auf politischer Ebene für diesen Bereich wie die Einführung von Qualitätssicherung und Zertifizierung der entstehenden Endprodukte.

Nach den interessanten Beiträgen innerhalb des Podiums hatten die Tagungsteilnehmer Gelegenheit, sich an der Diskussion zu beteiligen und erhielten entsprechende Antworten.

**Am 7. Mai** fand zunächst die zur Vorbereitung der sich anschließenden Mitgliederversammlung übliche Sitzung von Vorstand und Beirat statt, bei der es insbesondere um die Erarbeitung der Vorschläge zur satzungsgemäßen Neuwahl von Beirat und Vorstand der Verbindungsstelle ging. Zu dieser **Mitglieder-Jahresversammlung** konnte der Vorsitzende des Vorstandes der Verbindungsstelle, **Ing. agr. Henning Ziegenmeier**, 50 Mitglieder und Gäste im Plenarsaal der Industrie- und Handelskammer in Hannover begrüßen.

Neben den erforderlichen Regularien – Jahresbericht und Jahresabrechnung 2002, Entlastung von Vorstand und Geschäftsführung, Haushaltsplan 2003 und Veranstaltungsprogramm 2003 – erfolgte die satzungsgemäß alle vier Jahre stattfindende **Neuwahl des Beirates** und anschließend die auf dessen Vorschlag stattfindende **Neuwahl des Vorstandes**.

Alle vorgeschlagenen Damen und Herren wurden einstimmig sowohl in den Beirat als auch in den Vorstand gewählt.

Der Vorsitzende gab bekannt, dass satzungsgemäß der Vorstand aus seiner Mitte zum **Vorsitzen-**

**den**  
- **Ing. agr. Henning Ziegenmeier**  
und zum stellvertretenden Vorsitzenden  
- **Dipl.-Ing. Wolfgang Meinecke**  
gewählt hat.

Er wies darauf hin, dass – wie bisher üblich – zur Mitte der Wahlperiode ein Wechsel zwischen dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter stattfinden soll.

Die Mitgliederversammlung nahm die Wahl der alternierenden Vorsitzenden zustimmend **zur Kenntnis**.

Zu dem im Anschluss an die Regularien üblichen Vortrag begrüßte der Vorsitzende als Redner **Herrn Staatssekretär Gert Lindemann** aus dem Niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Dabei beglückwünschte er ihn zur Übernahme seines Regierungsamtes, zu dem ihn seine langjährige Tätigkeit als Leiter der Abteilung 1 des bisherigen Landwirtschaftsministeriums besonders prädestiniere. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Landwirtschaft Niedersachsens darauf hoffen dürfe, dass seine bisher gute und kompetente Zusammenarbeit mit den berufsständischen Einrichtungen des Landes nun mit dem gewachsenen politischen Gewicht seines neuen Amtes auch in Zukunft fort bestehen bleibe.

Herr Staatssekretär Lindemann ging zu Beginn seines Vortrages zunächst auf den neuen Zuschnitt seines Ministeriums ein, der sich durch die Erweiterung um die Bereiche Raumordnung und Landesentwicklung auch in seinem neuen Namen ausdrückt. So hat auch das Thema seines heutigen Vortrages

**"Raumordnung und Landesentwicklung als Instrument für die Entwicklung des ländlichen Raumes"**

eine große Bedeutung für den ländlichen Raum und die dort lebenden Menschen und damit auch für Landwirtschaft, Gewerbe und Ernährungsindustrie.

Bei der Beschreibung der gegenwärtigen Situation aus raumordnerischer Sicht stellte Herr Lindemann fest, dass etwa zwei Drittel der Landesfläche dem ländlichen Raum zugerechnet werden können, sich aber durch einen dynamischen Strukturwandel und der Auflösung des harten Gegensatzes zwischen Stadt und Land die Lebensbedingungen landesweit in den letzten Jahrzehnten deutlich angenähert haben. Trotzdem ist in einigen Regionen eine besonders ausgeprägte und fast traditionelle Strukturschwäche nicht zu übersehen, deren Folge die Verschärfung des Standortwettbewerbes der Regionen um Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze ist.

Zur Gestaltung des spannungsgeladenen Verhältnisses zwischen ländlichen Regionen und den Verdichtungsräumen durch eine aktive Landesentwicklungspolitik bezog er folgende Position:

"Ländliche Räume und Verdichtungsräume stehen gleichberechtigt zueinander und tragen gleichrangig zur Entwicklung des ganzen Landes bei.

Unstrittig gilt das Gebot der Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse und einer ausgewogenen und nachhaltigen Raumentwicklung.

Das Land braucht die Städte und die Städte brauchen die Fläche, aber dabei müssen die ländlichen Räume ebenso fair behandelt werden wie die städtischen Räume.

Der Redner ging dann auf die wichtige Rolle der Kommunen bei der Entwicklungsplanung ein. Sie müssen wissen, dass in die eigenverantwortliche Planung und Entscheidung immer mehr wichtige regionale Belange mit einfließen müssen, damit in den Kommunen auch auf ausreichender Sachlage und Verständigung entschieden werden kann.

Er beschrieb weiterhin die Instrumente der Politik, wie Raumordnung und Landesentwicklung, mit den Kernzielen gleichwertiger Lebensverhältnisse und einer ausgewogenen Raum- und Siedlungsstruktur.

Herr Lindemann begründete dann ausführlich den staatlichen Gestaltungsanspruch, der darauf ausgerichtet sein soll, Rahmenbedingungen zu schaffen, im Sinne eines aktivierenden Staates, der als Dienstleister für seine Kunden – Bürger und Investoren – diese zur Selbststeuerung befähigt.

Er stellte für sich fest:

"Ich begreife daher die Entwicklung der ländlichen Räume als ressortübergreifende, integrative Querschnittsaufgabe, die viele Lebensbereiche und Politikfelder umfasst".

Abschließend stellte Herr Lindemann einige Eckpunkte eines in den nächsten Monaten entstehenden Handlungskonzeptes für eine ressortabgestimmte Entwicklungspolitik für die Fläche und schwerpunktmäßig für die ländlichen Räume nach der Vorstellung seines Ministeriums vor:

- Wir werden die strukturelle Entwicklung in unseren Regionen, insbesondere in den ländlichen Räumen sehr sorgfältig beobachten und analysieren, nicht zuletzt um frühzeitig Handlungsbedarf zu erkennen. Aus dem bereits angelaufenen Regionalmonitoring-Projekt wird jährlich ein Regionalreport erstellt.
- Wir schaffen daneben ein Controllingsystem über eine Datei der bewilligten strukturwirksamen Fördermittel. Damit wird Transparenz über den regionalen Mitteleinsatz hergestellt.
- Wir werden zügig einen interministeriellen Arbeitskreis für regionale Entwicklung und ländliche Räume einrichten.
- Wir setzen auf das Kooperationsmodell "Regionale Zusammenarbeit". Wir fördern regionale Initiativen der Akteure vor Ort – sozusagen für den ländlichen Raum.

...

"Zusammengefasst habe ich die begründete Hoffnung, dass wir mit unserer integrierten Agrar-, Raumordnungs- und regionalisierten Strukturpolitik die Förderung der Landwirtschaft, die Strukturentwicklung des ländlichen Raumes und zugleich die Belange des Natur- und Umweltschutzes mit den Entwicklungszielen der kommunal getragenen Regionalplanung in besonders wirksamer Weise verbinden werden."

An den Vortrag schloss sich eine rege Diskussion an, bei der viele Fragen aus dem Teilnehmerkreis diskutiert und von Herrn Staatssekretär Lindemann erschöpfend und kompetent beantwortet wurden.

**Am 18. Juni** fand im Rahmen unseres Veranstaltungsprogramms 2003 ein Besuch der Zentrale des Bundessortenamtes (BSA) in Hannover statt.

Nach dem Eintreffen der 35 Mitglieder und Gäste der Verbindungsstelle wurden wir im Verwaltungsgebäude des BSA vom Präsidenten dieser Bundesbehörde, **Herrn Udo von Kröcher**, begrüßt, der uns als weiteren Vertreter des Hauses **Herrn Dr. Burghard Spellerberg** vorstellte, der u. a. für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist und am Zustandekommen dieser Veranstaltung wesentlich mitgewirkt hat.

Nach einigen organisatorischen Hinweisen zum Ablauf der Veranstaltung gab der Präsident einen Überblick über die Aufgaben und Organisation dieses Amtes, wobei er eingangs die Bitte um spontane Zwischenfragen während seines Vortrages aussprach, die dann auch sofort erschöpfend von ihm selbst und Herrn Dr. Spellerberg beantwortet werden konnten.

Anhand einiger projizierter Folien schilderte er die Arbeit des BSA und wies auf die vielfältige Zusammenarbeit mit staatlichen und berufsständischen Institutionen hin. Er ging dabei besonders auf eine der wichtigsten Aufgaben seiner Behörde – die Sortenzulassung – ein, die erst die Marktfähigkeit von landwirtschaftlichen, gärtnerischen und forstwirtschaftlichen Nutz- und Zierpflanzen begründet.

Die während des interessanten und lebendigen Vortrages von Herrn von Kröcher gestellten, diskutierten und sachkundig beantworteten Fragen beschäftigten sich u.a. mit folgenden Themen:

- Gentechnisch veränderte Sorten sind kaum im Zulassungsverfahren, da Zuchtunternehmen wegen fehlender Akzeptanz am Markt wenig Interesse daran haben. In Deutschland gibt es keine gentechnisch veränderte und hier **zugelassene Sorte**.
- Gefahr von Vermischung von Saatgut.
- Kostendeckung der Arbeit des BSA ist kaum möglich, Kostendeckung wird jedoch durch Mechanisierung bzw. Ersatz von Handarbeit durch Elektronik (Computer) betrieben.
- Wie weit geht gegebenenfalls politischer Einfluss auf die Arbeit des BSA.
- Sortenprüfung im Hinblick auf Eignung von Pflanzen für den ökologischen Landbau nimmt zu.
- Anmeldung von bereits zugelassenen Sorten.
- Gemeinschaftliche Liste von in anderen europäischen Ländern zugelassenen Sorten wird angestrebt.
- Das öffentliche Interesse an gentechnisch veränderten Pflanzen, z. B. in den Medien, scheint geringer zu werden.
- Sortenbeschreibung der Züchter in der Werbung ist nicht beeinflussbar.

An den Vortrag von Herrn von Kröcher schloss sich ein Rundgang in zwei Gruppen unter sachkundiger Führung an.

Hierbei wurde in mehreren Gewächshäusern die praktische Tätigkeit der Mitarbeiter des BSA eingehend erklärt und aufkommende Fragen erschöpfend beantwortet.

Nach diesem Rundgang hatten die Veranstaltungsteilnehmer bei einem Abschlussgespräch noch einmal Gelegenheit, weitere Fragen zu stellen und zu diskutieren, denen sich die Herren von Kröcher und Dr. Spellerberg gern stellten.

Dabei nahm das von der Landwirtschaft sehr kritisch betrachtete Problem der sogenannten "Nachbaugebühren" großen Raum ein, obwohl das BSA in diese Frage nicht involviert ist, sondern dies eine Sache der Zuchtunternehmen ist.

**Die Mitglieder-Jahresfahrt am 10. September**, an der 30 Damen und Herren teilnahmen, galt insbesondere dem "**Internationalen Forschungszentrum für Erneuerbare Energien e. V. (IFEED)**" mit seinem Büro in Sievershausen und dem auf einem ehemaligen Militärgelände befindlichen Zentrum in Dedelstorf bei Hankensbüttel.

Außerdem besuchten wir das **Kloster Isenhagen** in Hankensbüttel und abschließend die wenige Tage zuvor in Betrieb genommene **Ölmühle der BioDiesel eG** im Wittinger Hafen.

Nach unserem Eintreffen bei der ersten Station unserer Fahrt, dem IFEED-Büro in Sievershausen, wurden wir vom Vorsitzenden des IFEED, **Herrn Prof. Dr. Nasir EL Bassam**, der zugleich auch Wissenschaftler an der FAL in Braunschweig ist, begrüßt. Dieses Kontaktbüro, in dem Seminare, Tagungen und Fachausstellungen des IFEED zur Förderung erneuerbarer Energien und der Umsetzung von neuen Entwicklungen in diesem Bereich durchgeführt werden, ist als Gast – neben anderen Institutionen und Gruppen – im so genannten "Antikriegshaus" untergebracht. Der Hausherr dieser im Jahr 1978 gegründeten Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen und Friedensarbeit, die auch als Veranstaltungszentrum mit einem vielfältigen Programm dient, gab uns zunächst Erläuterungen zu Entstehung, den Zielen und Aufgaben und den Angeboten dieser Einrichtung.

Anschließend erläuterte Herr Prof. Dr. El Bassam in einem durch projizierte Folien untermauerten Vortrag die Vorstellungen und Ideen, die zur Gründung des IFEED geführt haben und ging auf die Frage ein, wie man der Forderung der "Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation" der "Vereinigten Nationen (FAO)" nachkommen kann, die Landwirtschaft – möglichst weltweit – autark mit Energien zu versorgen.

Die derzeitigen Primärenergieträger Öl, Gas, Kohle und Uran sind endlich und belasten die Umwelt. Das hat zur Folge, dass unsere zukünftige Energieversorgung nur durch eine umweltverträgliche und nachhaltige Energieerzeugung dezentral aus den regenerativen Quellen Biomasse, Wind- und Wasserkraft sowie Solaranlagen dauerhaft sichergestellt werden kann.

Deshalb konzentriert sich die Arbeit von IFEED insbesondere auf den Einsatz erneuerbarer Energien in den ländlichen Räumen. Aus diesem Grunde erfolgte am 26.4.1999 in Dedelstorf (Kreis Gifhorn) die Gründung des gemeinnützigen Vereins "IFEED". Mit diesem Forschungszentrum wurde ein wichtiger Schritt für zukunftsweisende Entwicklungen in der integrierten und umweltschonenden Nutzung von Standortressourcen getan und Perspektiven für die Landwirtschaft sowie für die Industrie geschaffen.

Das Zentrum wurde auf einem ehemaligen Militärgelände mit einem Areal von 280 ha und zahlreichen Gebäuden sowie verschiedenen weiteren Einrichtungen etabliert.

Das Forschungszentrum bietet auch der einheimischen Industrie und dem Handwerk die Möglichkeit, ihre Produkte und ihr Wissen vorzustellen und zu vermarkten. Mit dessen Gründung wurde ein wichtiger Schritt für zukunftsweisende Entwicklungen in der integrierten und umweltschonenden Nutzung von Standortressourcen getan und Perspektiven für die Landwirtschaft sowie der Industrie geschaffen.

Am Ende seines Vortrags ging Herr Prof. Dr. El Bassam ausführlich auf den Einsatz von Biomasse zur Gewinnung von Treibstoffen ein und zeigte sich überzeugt davon, dass sich für die Landwirtschaft auf längere Sicht große Chancen als dem Energieproduzenten der Zukunft ergeben werden.

An den Vortrag schloss sich eine rege und zum Teil kontrovers geführte Diskussion an, bei der die Frage im Vordergrund stand, ob die Landwirtschaft überhaupt über ausreichende Energiepotenziale verfügen kann, um entscheidend zu wirtschaftlicher Energiegewinnung beizutragen; Optimismus allein reicht sicher nicht aus.

Nach der Weiterfahrt zum Forschungszentrum Dedelstorf erläuterte **Herr von Petersdorff-Campen**, Verwalter der militärischen Liegenschaften Dedelstorf und zugleich Geschäftsführer des IFEEED, während einer Rundfahrt durch das ehemalige Kasernengelände die Geschichte, die sehr schleppend vorangehenden Planungen für ein Freizeitgelände mit Freizeit-See und die derzeitige, vorübergehende Nutzung der noch immer im Eigentum der Bundeswehr stehenden, 180 ha großen Liegenschaft. Die gesamte Anlage wurde 1936 als Fliegerhorst errichtet und wurde auch nach dem zweiten Weltkrieg bis Ende der 80er Jahre vom Bund genutzt.

Seit 2001 werden auch die Unterkünfte wieder genutzt. Für besondere Einsätze finden hier bis zu 2000 Bereitschaftspolizisten eine Unterbringung. Der Standort wird aber auch durch verschiedene Institutionen aus der Region genutzt. So hat auch das IFEEED hier ein Büro mit einer Bücherei und bescheidenen technischen Versuchseinrichtungen beziehen können.

Den Abschluss unseres Besuches in Dedelstorf bildete ein Rundgang zu der so genannten "Energie-plantage". Sie besteht z. Zt. aus einer etwa ein Hektar großen Weiden-Anpflanzung zu der uns Herr von Petersdorff-Campen Erläuterungen gab. Dabei ging er auf Anbau, Pflege und Ernte einer Weiden-Plantage ein, sprach über Wuchsleistung, Holzigenschaften und mögliche Verwendung als nachwachsender Rohstoff durch Verbrennung; außerdem setzte er die erntbaren Energieträger von unterschiedlichen Festbrennstoffen in Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien und stellte dabei auch ökonomische Betrachtungen an.

Die zweite Station unserer Jahresfahrt war ein Besuch des **Klosters Isenhagen** in Hankensbüttel. Dort wurden wir von zwei netten Damen empfangen, die uns in zwei Gruppen mit großem Sachverstand und Erklärungen bis in viele Details durch die Räume des Klosters führten.

Das ehemalige Zisterzienserkloster Isenhagen ist eines der sechs "Heideklöster", die heute evangelische Damenstifte sind. Das 1243 gestiftete Kloster ist im ersten Jahrhundert seines Bestehens zweimal verlegt worden.

Um 1345 erbaute man es dann am heutigen Standort. Kirche und Kreuzgang blieben ohne Gewölbe, was mit dem Ausbruch der Pest während der Bauzeit erklärt wird. Nach der Einführung der Reformation durch den Celler Herzog Ernst der Bekenner wurde das Kloster 1540 in ein evangelisches Damenstift umgewandelt. Das ist es noch heute als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts unter der Aufsicht der Klosterkammer Hannover. Viele Kunstschatze und Einrichtungen, die z. Tl. Jahrhunderte überdauerten und teilweise noch heute genutzt werden, finden sich in den Mauern.

...

Die Pflege und Erhaltung der kulturhistorischen Zeugnisse in Gestalt der Klosteranlage und ihres Inventars liegt in Händen der Klosterkammer Hannover. Als niedersächsische Landesbehörde übernimmt sie Verpflichtungen, die einst Ernst der Bekenner für die eingezogenen Probsteigüter einging.

Heute bilden hier unter der Leitung einer Äbtissin alleinstehende evangelische Frauen – auch verwitwete und geschiedene – eine christliche Gemeinschaft. Die Damen wohnen in separaten, abgeschlossenen Wohnungen. Sie sind ein Konvent, der regelmäßig gemeinsame Gottesdienste, Andachten und Chortage (Einkehrtage) hält, die Kunstschatze des Klosters betreut und sie in den Sommermonaten bei Führungen durch das Kloster vielen Besuchern erklärend zugänglich macht. Eine Belebung des klösterlichen Lebens stellen wechselnde Kunstausstellungen, Vorträge und Seminare sowie Konzerte in der Klosterkirche und im malerischen Innenhof dar.

Am Ende dieses eigentlich viel zu kurzen Besuches zeigten sich die Teilnehmer äußerst angetan von den erhaltenen Eindrücken und überrascht, dass ein derartiges Kleinod in unserer näheren Heimat so wenig bekannt ist.

Den letzten Teil der Jahresfahrt bildete ein Besuch der wenige Tage zuvor in Betrieb genommenen Ölmühle der **BioDiesel eG** im Wittinger Hafen.

Dort empfingen uns die **Herren Vorstandsmitglieder Niebuhr und Wrede**, die uns in kurzen Vorträgen über die Entstehungsgeschichte des Unternehmens, seine Bedeutung für die Landwirtschaft des dortigen Raumes, den technischen Ablauf und die geplanten Entwicklungen informierten. Initiator war die **Niedersächsische Erzeugergemeinschaft für nachwachsende Rohstoffe**.

Im Mai 2001 wurde die "Wittinger BioDiesel eG" gegründet und bereits ein Jahr später lag die Baugenehmigung für das ehrgeizige Projekt vor. Knapp 300 Landwirte aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt zeichneten Anteile und brachten 775.710 Euro Startkapital auf. EU, Landkreis Gifhorn und die Stadt Wittingen steuerten 160.000 Euro dazu. Damit wurden rund 45 Prozent Eigenkapital für die Gesamtinvestition von 2,1 Mio. Euro aufgebracht. Mit diesem Finanzkonzept im Rücken erfolgte am 30. September 2002 die Grundsteinlegung und Ende August d. J. wurde die Anlage in Betrieb genommen.

Die Ölmühle am Wittinger Hafen wird nun im Jahr aus 21.000 t Raps, 8.000 t Öl und 13.000 t Schrot erzeugen.

Da alle Beteiligten in dem Umfeld nachwachsender Rohstoffe und insbesondere Bioenergie mit einer wachsenden Nachfrage rechnen, wurde die Ölmühle auf Zuwachs konzipiert, Eine zweite Produktionsanlage kann ohne weiteres die Kapazität verdoppeln, eine dritte Schiene ließe sich ebenso andocken wie eine zusätzliche Veresterungsanlage.

Bei einem Rundgang durch die Anlage wurden von den Herren Niebuhr und Wrede zahlreiche Fragen der Besucher diskutiert und erschöpfend beantwortet.

Auf Einladung von **Herrn Professor Dr. Klaus E. Goehrmann**, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Messe AG, Präsident der IHK Hannover und zugleich Mitglied des Vorstandes der Verbindungsstelle, fand am **12. November** die zum Jahresende übliche gemeinsame Sitzung von Vorstand und Beirat aus Anlass der "Agritechnica 2003" auf dem Messegelände in Hannover statt.

Neben den erforderlichen Regularien – Haushaltsabwicklung 2003 und Haushaltsplan 2004 – wurde die Arbeitsplanung für das Jahr 2004 ausführlich besprochen und einvernehmlich beschlossen. Daneben wurden von den Sitzungsteilnehmern eine Reihe von Beiträgen geleistet, die sich u. a. mit Anregungen für zukünftige Veranstaltungen befassten.

Herr Wolfgang Meinecke regte an, bei zukünftigen Sitzungen von Vorstand und Beirat – insbesondere bei der gegen Jahresende stattfindenden Sitzung – sollten im Wechsel bzw. aus aktuellem Anlass je ein Vertreter der gewerblichen Wirtschaft oder der Landwirtschaft zu einem aktuellen Thema ihres Wirtschaftsbereiches in einem kurzen Referat Stellung nehmen.

Nach Abschluss der Regularien übernahm Herr Prof. Dr. Goehrmann das Wort und verschaffte den Sitzungsteilnehmern, wie bei seiner Begrüßung bereits angekündigt, einen interessanten, durch seine reichen beruflichen Erfahrungen geprägten Blick hinter die Kulissen der Messe und der Messebranche.

Dabei ging er ausführlich auf vier Eckpunkte ein:

1. Der **Markt-Inland** ist augenblicklich dadurch gekennzeichnet, dass im dritten Jahr hintereinander die Unternehmen – sehr stark von ihren "Controllern" gesteuert – die Media-Aufwendungen stark zurück fahren. Zeitungen und Zeitschriften leiden besonders darunter, aber auch die Messen spüren diesen Einbruch, obwohl hier die Eingriffe nicht so gravierend wirken; denn Messen ermöglichen das persönliche Gespräch und die praktische Ansicht bzw. sogar die Handhabung ausgestellter Geräte und Maschinen.

Ein anderer Umstand ist wesentlich spürbarer. Wenn allein in Deutschland jährlich 40.000 Unternehmen insolvent werden, dann sind dabei auch ein paar Hundert potenzielle Aussteller.

An den Beispielen von "Cebit" und "Hannover-Messe" schilderte Prof. Dr. Goehrmann eindrucksvoll die augenblicklichen Probleme schrumpfender Messen, betonte aber, dass gerade die "Agritechnica" hier eine Ausnahme bildet und auch in diesem Jahr wieder ein voller Erfolg ist.

2. Zum **Markt-Ausland** führte Prof. Dr. Goehrmann aus: Auch in der Messebranche stößt man irgendwo an die Grenzen des Wachstums. Wenn man bedenkt, dass es nicht nur große Messen für Industriegüter, sondern auch eine Vielzahl von anderen Messen gibt, dann wird klar, dass man irgendwann nicht mehr wachsen kann; es sei denn man versucht, im Ausland zu wachsen. Das ist deshalb so schwer, weil Messen nicht nur ein Marketinginstrument für die Aussteller und eine Informationsquelle für die Kunden und Verbraucher, sondern auch ein Instrument regionaler Wirtschaftspolitik sind. Es war also nicht einfach, die Kapitaleigner der Messe AG – Stadt und Land – ebenso wie die Arbeitnehmervertreter davon zu überzeugen, dass es auch im Interesse der eigenen, global operierenden Unternehmen liegt, im Ausland zu investieren.

Gleichwohl ist dies gelungen und inzwischen ist die Deutsche Messe AG so weit, dass sie im Ausland mehr Messen durchführt als in Hannover. Diese Messen sind zwar kleiner, aber an den funktionierenden Beispielen – "Cebit" – in Amerika, Australien, Asien – und Teilen der Hannover Messe – in China und künftig auch in anderen Märkten – erläuterte Prof. Dr. Goehrmann die hinter diesen Entscheidungen steckende Strategie.

Eine zweite weit reichende und lukrative Entscheidung ist der Bau eines Groß-Messegeländes in Shanghai – das größte Messegelände in China – und zwar gemeinsam mit den Messen Düsseldorf und München.

....



Der dritte Punkt der Ausführungen von Prof. Dr. Goehrmann befasste sich mit den **Finanzen**: Er wies zunächst darauf hin, dass die Mitbewerber der Deutschen Messe AG, aus unterschiedlichen Gründen und bedingt durch die Strukturen der Kapitaleigner, kapitalmäßig besser ausgestattet sind als diese.

Gleichwohl stellt sich die augenblickliche Situation so dar, dass nach fast zwanzigjähriger Ausweitung von Gewinnen nun ein relativ geringer Verlust entstanden ist. Dieser resultiert aus der Tatsache, dass die Finanzierung der mit der Expo 2000 verbundener Investitionen und deren jährliche Abschreibungen ja bekanntlich zunächst verdient werden müssen, ehe ein Gewinn ausgewiesen werden kann.

Als letzten Punkt seines Blickes hinter die Kulissen der Messe behandelte Prof. Dr. Goehrmann die Bereiche **Neue Medien-Internet**:

Die Messe sieht sich in einer guten Koexistenz mit den neuen Medien; sie sind in das Messegeschehen voll integriert. Am Beispiel der Nutzung des Internet machte Prof. Dr. Goehrmann klar, welche Möglichkeiten seine Nutzung für die Effizienz und eine günstige Kosten-Nutzen-Relation dem Messebesucher bieten kann.

Andererseits kann das Internet eine Messe nicht ersetzen, denn der Interessent z. B. an einer Werkzeugmaschine will wissen, wie die Maschine arbeitet, wie laut sie ist und vieles andere mehr. Auch das persönliche Gespräch zwischen Verkäufer und Käufer gehört zu einem Geschäft. Abschließend zeigte sich Prof. Dr. Goehrmann fest davon überzeugt, dass das Internet – wie auch andere neue Medien – ein wichtiger Partner im Messegeschehen sein kann, aber letzten Endes in vielerlei Beziehungen eine Messe nicht ersetzen kann.

In Fortführung der Aktivitäten im Rahmen des **Gesprächskreises Industrie – Landwirtschaft Sachsen-Anhalt** fand in Zusammenarbeit mit der IHK Halle-Dessau am 10. April ein Informations- und Diskussionsforum in den Räumen des **IAMO Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa** in Halle statt.

Es beschäftigte sich mit dem Thema "**Reform der Direktzahlungen in der EU-Agrarpolitik – Perspektiven für eine erweiterte EU**". Neben einer Vorstellung der Arbeit des IAMO-Institutes stellte **PD Dr. Alfons Balmann** im Rahmen seines Vortrages denkbare Ausgestaltungsformen von Direktzahlungen vor und analysierte ihren Einfluss auf die EU-Erweiterung in Sachsen-Anhalt und die Wichtigkeit von Planungssicherheit für Landwirtschaft und Ernährungsindustrie.

**Neben der Organisation der in diesem Bericht beschriebenen Veranstaltungen und der Verfassung ausführlicher Berichte hierüber zur Information der Mitglieder und befreundeter Institutionen hat sich der Geschäftsführer bemüht, im Rahmen seiner Möglichkeiten weitere Aktivitäten zu entwickeln.**

**Die Teilnahme an zahlreichen Pressekonferenzen, der Besuch von Ausstellungen und Veranstaltungen von Mitgliedsorganisationen ergaben die Möglichkeit, gewonnene Informationen gezielt an die Mitglieder weiterzugeben und die Aufgaben der Verbindungsstelle nach außen darzustellen.**

**Durch die Übersendung weiterer aktueller Veröffentlichungen aus gewerblicher Wirtschaft und Landwirtschaft im Zusammenhang mit Einladungen und Berichten zu eigenen Veranstaltungen hat sich der Geschäftsführer bemüht, den Mitgliedern zusätzliche Informationen zukommen zu lassen.**

Am Schluss dieses Jahresberichtes möchte sich der Geschäftsführer wiederum bei Mitgliedern, Freunden und Förderern der Verbindungsstelle dafür bedanken, dass sie ihm, wie in den Jahren zuvor, auch 2003 durch wohlwollende Unterstützung seine Arbeit ermöglicht haben.

Verbunden mit diesem Dank ist die Bitte, auch zukünftig durch Anregungen, aber auch Inanspruchnahme der vorliegenden Informationen, die gemeinsame Arbeit der Verbindungsstelle erfolgreich mitzugestalten. Sein besonderer Dank gilt den Mitgliedern von Vorstand und Beirat für die so vertrauensvolle und anerkennende Zusammenarbeit.

P. S. Die ausführlichen Berichte der beschriebenen Veranstaltungen können bei der Verbindungsstelle angefordert werden.